

Michael Schrodi

FÜR EUCH IM BUNDESTAG

SPD



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

ein ereignisreiches und kräftezehrendes Jahr liegt hinter uns. Bevor wir uns nun alle ein paar erholsame Tage gönnen, möchte ich euch noch über die wichtigsten Themen meiner letzten zwei Sitzungswochen informieren:



Im April diesen Jahres hat das Bundesverfassungsgericht sein Urteil gesprochen: Die bisherige Bemessungsgrundlage der **Grundsteuer** ist verfassungswidrig und muss bis Ende 2019 reformiert werden. Dazu hat Bundesfinanzminister Scholz in dieser Woche erste Reformvorschläge vorgelegt, um den Erhalt der mit 14 Mrd. Euro drittichtigsten Einnahmequelle für die Kommunen zu sichern. Seitdem der Vorschlag auf dem Tisch liegt, sind bedauerlicherweise viele Irrtümer darüber verbreitet worden: Die Reform führe zu massiven Mehrbelastungen, Mietsteigerungen und sehe die Umlage der Grundsteuer auf die Mieten vor. Insbesondere die CSU, auch meine Wahlkreis-Kollegin Katrin Staffler, legt eine bemerkenswerte Unkenntnis der Systematik und Auswirkung der Grundsteuer an den Tag. Eine Klarstellung der Fakten zur Grundsteuerreform findet Ihr [hier](#).



Weihnachtszeit - Zeit der Geschenke, Zeit der Spenden: Neben Geschenken für Familie und Freunde möchten viele zu dieser Zeit des Jahres auch denen etwas Gutes tun, die weniger haben als sie selbst. Die Linke hat in diesem Sinne rechtzeitig zur Weihnachtszeit ihren alten Antrag aus dem Vorjahr wieder ausgegraben und möchte Familien ein **Kinderweihnachtsgeld** zugute kommen lassen. Das klingt auf den ersten Blick nach einer schönen Idee, wäre es nicht eine reine Schaufensterpolitik statt eines ernsthaften Beitrags zur Debatte um die Zukunft unseres Sozialstaates. Ich habe in meiner Rede deutlich gemacht, wie wir Familien nicht kurzfristig mit Einmalzahlungen, sondern langfristig und nachhaltig zum Beispiel durch das dieses Jahr beschlossene Familienentlastungsgesetz unterstützen. [Hier geht es zu meiner Rede.](#)



Mehr Geld für gute Schulen, bezahlbare Wohnungen und öffentlichen Nahverkehr – das war ein großes Ziel der SPD in der Bundesregierung. In der letzten Sitzungswoche haben wir es geschafft. Damit der Bund die Länder dabei besser unterstützen kann, hat der Bundestag beschlossen, das **Grundgesetz zu ändern**. Das ist ein wichtiger Schritt, um die sozialen und regionalen Unterschiede in Deutschland abzubauen, denn so können wir dafür sorgen, dass gute Bildung nicht vom Wohnort abhängt, bezahlbare Wohnungen verstärkt gebaut werden und ein attraktiver ÖPNV die Mobilität vor Ort verbessert und die Umwelt entlastet. Der Bund in Zukunft zum Beispiel mithelfen, dass Sozialwohnungen gebaut werden. Bis 2021 investieren wir dafür insgesamt 5 Milliarden Euro. Gemeinsam mit den Mitteln von Ländern und Kommunen können so über 100.000 zusätzliche Sozialwohnungen entstehen. Das ist Politik für ein solidarisches Land. Darüber freue ich mich [hier](#) gemeinsam mit meinen KollegInnen und unserem Arbeitsminister. Um so mehr ärgere ich mich jetzt über die Blockadehaltung der Länder: Es ist ein Unding, dass diese wichtigen Investitionen verhindert werden sollen. Dass Ministerpräsident Söder und andere nicht auf Kosten des Bundes den bayerischen Haushalt sanieren können, sondern die Hälfte der Investitionen selbst leisten müssen, finde ich richtig. Der Bund soll durch seine Finanzhilfen keine Ersatzinvestitionen leisten. Mehr Informationen findet Ihr [hier](#).



In Deutschland stehen 84% der Bevölkerung der **Organspende** generell positiv gegenüber, aber nur 39% haben ihre Entscheidung dazu dokumentiert. Die Zahl der Organspenden ist seit 2010 kontinuierlich rückläufig. Deutschland verzeichnet damit die niedrigste Rate von Organspende im Euro-Transplant-Verbund. Um das zu ändern, haben wir zur Verbesserung der Rahmenbedingungen einen Gesetzentwurf zur besseren Organisation und Transparenz in der Organspende erarbeitet. Eine Neuregelung der Entscheidungsregelung sieht der Entwurf nicht vor, doch ist die von der Bundesregierung angestoßene Debatte um die mögliche Einführung einer sogenannten Widerspruchsregelung das, was die Gemüter derzeit am meisten bewegt. In der letzten Sitzungswoche haben wir dazu im Bundestag eine erste Orientierungsdebatte ohne Fraktionszwang geführt. Mehr Informationen dazu findet Ihr [hier](#).



Zu kaum einem Thema habe ich in meiner Zeit als Abgeordneter so viele E-Mails bekommen wie seit einigen Wochen zum **Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration der Vereinten Nationen**. Seit 2016 haben sich die Mitgliedstaaten zur den Herausforderungen der globalen Migration ausgetauscht, stets unter Einbezug zivilgesellschaftlicher Organisationen und der nationalen Parlamente. Der Pakt wurde nun am 10./11. Dezember in Marrakesch von 164 Staaten formell angenommen. Seit Wochen fährt die AfD eine großangelegte Kampagne voller Fehlinformationen zu diesem Pakt. Der Pakt ist kein völkerrechtlicher Vertrag, sondern eine politische Absichtserklärung, die die nationale Souveränität wahrt. Der Pakt schafft kein Menschenrecht auf Migration, sondern hat zum Ziel, die Zusammenarbeit der Staaten auf diesem Gebiet zu verbessern, langfristig gemeinsame Standards zu erreichen und Ursachen für Flucht und Migration zu bekämpfen. 260 Millionen Menschen leben weltweit außerhalb ihrer Heimatländer. Dieser globale Herausforderung begegnen wir nicht mit geschlossenen Grenzen und nationalen Alleingängen; sie erfordert globale Lösungen. Mehr Informationen zum Migrationspakt findet Ihr [hier](#).



Kaum weniger Zuschriften als zum Migrationspakt erreichten mich in der letzten Sitzungswoche zur Entscheidung für die Verlängerung der betäubungslosen **Ferkelkastration**. Nach der Änderung des Tierschutzgesetzes 2013 war eine Übergangsfrist für die Beendigung dieser Art der Kastration bis zum 31. Dezember 2018 vorgesehen. Der frühere Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt ließ diese aber verstreichen, ohne Alternativen weiterzuentwickeln und flächendeckend bereitzustellen. Ich bin für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der betäubungslosen Ferkelkastration, weil dieser Eingriff dem Tierschutz widerspricht. Trotzdem habe ich der Verlängerung der Frist um weitere zwei Jahre zugestimmt. Warum, das erfahrt ihr in meinem [Video-Statement](#).

Mit diesen Themen verabschiede ich mich nun für 2018 aus Berlin. Ich wünsche Euch allen erholsame Feiertage, einen guten Rutsch und ein frohes neues Jahr 2019.

Herzliche Grüße

